



Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Budget 2020
- 0 Bürgermeisterwechsel
- 0 KPÖ-Sozialfonds
- 0 Klimaschutz

NACHRICHTEN

Informationsblatt der Steirischen KPÖ Österreichisch Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe PA: 8720

Initiative der KPÖ umgesetzt:

Verbesserungen bei Taxigutscheinen

Gilt ab 1. Jänner

Durch eine Verordnung des Landes haben sich Taxifahrten zum Teil empfindlich verteuert. Deshalb hat die KPÖ bereits im Herbst 2018 angeregt, die Gemeinde solle ihren Zuschuss zu den Taxigutscheinen anheben. Unser Anliegen wurde nun mit 1. Jänner 2020 umgesetzt.

	Ausgabepreis	Abrechnungspreis	Stk. pro HH und Monat
Normalpreis	€ 5,50	€ 6,00	10
Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung (Vorlage ärztliches Attest)	€ 4,00	€ 6,00	20
Einkommensschwächere Bezieher/-innen	€ 4,00	€ 6,00	10
Jugend	€ 4,00	€ 6,00	10

Durch Beharrlichkeit und ständiges Nachbohren haben wir diese Verbesserung schließlich erreicht. Die Erhöhung des Zuschusses wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen. Wir freuen uns und bedanken uns für die Umsetzung.

Gutscheine im Monat. Menschen mit geringem Einkommen erhalten zehn Gutscheine pro Monat. Die **Einkommensgrenze** die zum verbilligten Bezug berechtigt wurde **deutlich angehoben**.

Was ist neu?

Ab 1. Jänner wurde der Kreis der KnittelfelderInnen die von der Gemeinde einen Taxigutschein im Wert von sechs Euro um vier Euro bekommen deutlich erweitert: Menschen mit Beeinträchtigung bekommen nun **unabhängig von ihrem Einkommen** 20 dieser

Nun bekommen KnittelfelderInnen, deren Einkommen die Ausgleichzulage plus 300 Euro (1.217 Euro) nicht übersteigt den Gutschein um vier Euro. Die Familienbeihilfe zählt dabei nicht als Einkommen. Die Taxigutscheine sind im Bürgerservicebüro der Gemeinde erhältlich.

KPÖ wirkt!



Renate Pacher



Franz Moharitsch



Sonja Karimi



Sylvia Lammer



Elvir Kujovic



*Wir wünschen allen Knittelfelderinnen
und Knittelfeldern alles Gute für 2020
Gesundheit, soziale Sicherheit und Frieden!*



Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Knittelfeld

Bürgermeisterwechsel



Nach dem völlig überraschenden Rücktritt von BGM Gerald Schmid hat der Gemeinderat am 9. Dezember Harald Bergmann zum neuen Bürgermeister gewählt. KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat dazu im Gemeinderat folgende Erklärung abgegeben:

Das Ausscheiden von Bürgermeister Gerald Schmid kam für uns völlig überraschend. Wir wünschen ihm alles Gute und vor allem viel Gesundheit.

Die KPÖ hat immer die Entscheidung der WählerInnen akzeptiert und den Kandidaten der Mehrheitsfraktion auch zum Bürgermeister gewählt. Auch heute werden wir Harald Bergmann zum neuen Bürgermeister mitwählen.

Die heutige Entscheidung muss nicht für alle Zukunft gelten. Harald Bergmann wird der fünfte Bürgermeister sein, mit dem ich zusammen im Gemeinderat bin. Unsere Fraktion verfügt also über einige Erfahrungswerte. Die Praxis wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen im Alleingang zu treffen, vorab die Bevölkerung, und dann erst die anderen Fraktionen und den Gemeinderat zu informieren war noch nie so ausgeprägt wie unter der Ära von Bürgermeister Schmid.

Hier erwarten wir uns Veränderungen und die Wahl ist ein Vertrauensvorschuss. Bürgermeister von Knittelfeld zu sein ist eine verantwortungsvolle und zeitintensive Aufgabe. Wir sind der Meinung, der Bürgermeister einer Stadt in der Größenordnung von Knittelfeld sollte neben seinem Amt keine zusätzliche Anstellung haben.

Die Zweit-Anstellung auf der Gemeinde haben wir schon bei Bürgermeister Schmid kritisiert. Uns geht es nicht um die Person, sondern um die Sache. Deshalb erwarten wir uns auch vom künftigen Bürgermeister, dass er sich von seiner Anstellung auf der Gemeinde kenzieren lässt. Mit diesen Anregungen wünschen wir dem künftigen Bürgermeister eine erfolgreiche Arbeit für die Gemeinde Knittelfeld.

Nur ein Frauenarzt mit Kassenvertrag - die Zwei-Klassen-Medizin ist längst Realität

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung in unserer Region wird immer mehr zum Problem. Es gibt nur mehr einen Frauenarzt mit einem Kassenvertrag. Der nimmt aber auf Grund der Überlastung keine PatientInnen mehr. Immer mehr FachärztInnen führen nur mehr eine Wahlarztpraxis. Wer sich das nicht leisten kann hat ein Problem.

Es gibt Bemühungen die fehlenden Facharztstellen zu besetzen - leider bisher ohne Erfolg. KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat deshalb in der letzten Gemeinderatssitzung angeregt der Sozialhilfeverband solle eine Aktion starten. Für Frauen mit geringem Einkommen sollten die Frauenarztkosten finanziert werden. Die Rückerstattung der Krankenkasse geht an den Verband, die Differenz soll übernommen werden.

Bürgermeister Harald Bergmann, der auch Obmann des Sozialhilfeverbandes ist, erklärte, dass er dieses Anliegen einbringen werde, ließ aber durchblicken, dass er die Umsetzung für wenig wahrscheinlich halt.

Wir meinen die medizinische Versorgung darf nicht vom Einkommen abhängen. Bis es genügend KassenärztInnen gibt müsste die öffentliche Hand Menschen mit geringem Einkommen unterstützen.

Aus dem Gemeinderat

Ehrungen im neuen Rahmen

Im Gemeinderat wurde beschlossen dem scheidenden Bürgermeister Gerald Schmid die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Der Ehrenring der Stadt Knittelfeld wird an Prof. Mag. Hannelore Schrettnner und Franz Rattenecker sen. verliehen. Die Ehrennadel in Gold der Stadt Knittelfeld erhalten: Ingrid Kaltenegger, Simon Eiletz, Josef Meusburger, Brigitte Hauser, Ing. Max Weißenböck, Paul Fink, Reinhold Weiser, Peter Stocker, Ing. Friedrich Tiroch, Mathias Schlacher und Hubert Ritzinger.

Die Ehrungen sollen am 27. Jänner durchgeführt werden. Zum ersten Mal wird eine solche Ehrung nicht im Rathaus im Rahmen einer Gemeinderatssitzung, sondern unter Einladung aller KnittelfelderInnen im großen Kulturhaussaal durchgeführt. Die Bedenken der anderen Gemeinderatsfraktionen dieser neue große Rahmen könnte als Affront gegen die bisherigen Ehrenbürger, Ehrenring- und Ehrennadelträger aufgefasst werden wurde vom neuen Bürgermeister nicht geteilt.

Tagesordungs-marathon

Die Tagesordnung der letzten Gemeinderatssitzung beinhaltete über 100 Punkte. Früher gab es sechs bis sieben Gemeinderatssitzungen im Jahr. Das sicherte genügend Diskussionszeit und eine zeitnahe Behandlung von Problemen. In den letzten Jahren wurde die Anzahl - gegen unseren Protest - auf vier Sitzungen reduziert.

Die letzte Gemeinderatssitzung fand am 9. Dezember statt, die nächste soll erst am wieder am 30. März stattfinden. Dem Wunsch der anderen Gemeinderatsfraktionen nach einer zusätzlichen Sitzung in dieser langen Zeitspanne wurde von der SPÖ-Mehrheit nicht entsprochen.

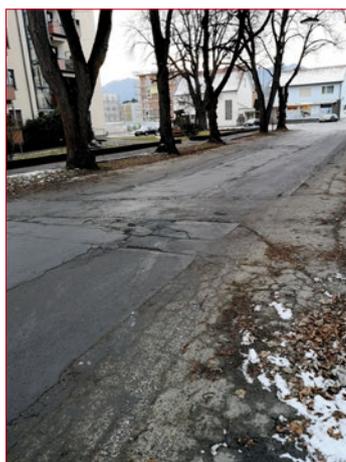
Gemeindebudget 2020:

Viel Geld für öffentlichkeitswirksame Auftritte

Mit dem Budget 2020 wurde das Buchhaltungssystem in allen steirischen Gemeinden auf die Doppik umgestellt. Nun gibt es einen Ergebnis- und einen Finanzierungshaushalt. Laut Budgetentwurf sind beide Haushalte ausgeglichen und weisen ein leichtes Plus auf.

Das neue Buchungssystem ändert nichts an den Finanzproblemen der Gemeinden. Statt Vermögenssteuern und Profitsteuern einzuführen, werden die Gemeinden von Bund und Land finanziell ausgehungert.

Infrastruktur durch Kredite



Im Budget sind Brandschutzmaßnahmen für die Schulen vorgesehen, deren Bedeckung zum Teil mittels Kreditaufnahmen erfolgt. Auch die geplanten Investitionen in die Gemeindestraßen wird im wesentlichen durch Kredite finanziert. Insgesamt ist geplant dass der Schuldenstand um rund 800.000 Euro steigen soll. Wir sind der Meinung die Gemeinden müssten genügend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, dass die Erhaltung der Infrastruktur nicht durch Darlehensaufnahmen gedeckt werden muss.

Rund 1,35 Mio. Euro sind für die Sanierung von Gemeindestraßen eingeplant. Wir haben im Gemeinderat schon mehrmals darauf hingewiesen, dass der Straßenbelag der Lindenallee sehr desolat ist. Mit den veranschlagten 20.000 Euro für die Lindenallee wird man nicht sehr weit kommen.

218.000 € für öffentlichkeitswirksame Vorhaben
Insgesamt erkennen wir im Budget zu wenig soziale Handschrift. Für öffentlichkeitswirksame Vorhaben wird gerne sehr viel Geld ausgegeben: **15.000 Euro** für eine Veranstaltung des Projektmanagements, für die Gemeindeversammlung **11.000 Euro**, für TV und Radioberichterstattung **20.000 Euro**, für Printmedienberichterstattung **14.000 Euro**, für sonstige Veranstaltungen weitere **28.000 Euro**, bei Repräsentation weitere **20.000 Euro** für eine Veranstaltung, weiters sind **30.000 Euro** für ein Stadtfest, **30.000 Euro** für das Public Viewing bei der EM, und **50.000 Euro** für ein Bürgerprojekt vorgesehen.

Wenn wir im Sozialausschuss oder im Gemeinderat die Einführung oder Verbesserung von Sozialleistungen vorschlagen hören wir nur allzuoft, dafür sei kein Geld vorhanden.

Positiv ist, dass unser Antrag auf Erhöhung des Zuschusses zum City-Taxi mit 1. Jänner umgesetzt wird. Allerdings ist dafür nur ein Zuschuss von 7.500 Euro vorgesehen. Das ist sogar noch weniger als die 12.500 Euro vom Vorjahr. Wir hoffen dass diese geringe Summe nur ein Versehen ist.

Alleingang und Verzicht auf Mitarbeit

Die KPÖ hat das Budget 2020 abgelehnt, es wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen. Unsere Ablehnung war auch ein Protest gegen die Praxis der SPÖ-Fraktion viele Vorhaben im Alleingang zu planen. Vorhaben werden der Öffentlichkeit präsentiert, lange bevor der Gemeinderat und die anderen Fraktionen

damit befasst werden, siehe auch den Artikel zum Thema Hundewiesen auf Seite 5.

Das ist eine Missachtung des Gemeinderates, der die nötigen Beschlüsse fassen muss. **Diese Vorgehensweise ist auch der bewusste Verzicht auf die Mitarbeit anderer Fraktionen.** Das ist nur möglich weil die SPÖ im Gemeinderat die Mehrheit hat.

Systemumstellung auf EU-Geheiß

Mit der Umstellung auf die Doppik wurde eine EU-Vorgabe erfüllt. Diese Umstellung, die sicher sehr aufwendig war und einiges an Kosten verursacht hat, wurde den Gemeinden aufgezwungen. Uns stimmt es sehr bedenklich, dass die EU die öffentlichen Haushalte zwingt auf die Doppik umzusteigen.

Die Doppik ist die Buchführung, die bei Betrieben und Konzernen angewendet wird. Es geht um Erfolgs- und Finanzplanung, um die Erstellung einer Bilanz und um die Bewertung des Gemeindevermögens. Die Gemeinden werden also buchungstechnisch mit der Privatwirtschaft gleichgestellt.

Es geht um die Umsetzung des neoliberalen Dogmas Gemeinden als Unternehmen zu sehen. Wir meinen Gemeinden haben soziale Funktionen zu erfüllen. Nicht das Erzielen von Gewinn, sondern das Wohlbefinden der GemeindebürgerInnen muss im Mittelpunkt stehen.

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
 Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
 KPÖ-Parteiheim, Friedensstraße 10,
 ab 18.00 Uhr

Dichte Verbauung - auch in Knittelfeld ein Problem



In der Gaalerstraße entstehen neuen Wohnungen. Die Verbauung wird damit so dicht, dass für viele MieterInnen die Aussicht, und damit viel an Wohnqualität verloren geht.

Grund und Boden ist ein Gut, dass nicht vermehrbar ist. Deshalb sollte man mit jeder Verbauung sorgsam umgehen. Schon bei der Errichtung der Wohnanlage auf einem Teil des Spielplatzes in der Portniggstraße haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass der Freiraum für Kinder immer kleiner wird.

Beispiel Parkstraße

Im Gemeinderat wurde vor einiger Zeit einstimmig der Beschluss gefasst den Bau von günstigen Startwohnungen durch die zur Verfügungstellung eines freien Grundstückes in Parkstraße zu ermöglichen. Ein gefördertes Wohnprojekt wurde ausgearbeitet. Nach der Einreichung der Pläne regte sich Widerstand, Unterschriften wurden gesammelt, Einwendungen erhoben.

Gedanken über das Geschäftsmodell „Playworld“

Indoor-Spielarks, in denen es kostenpflichtige Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien gibt, boomen derzeit. Auch in Spielberg hat ein solcher Betrieb eröffnet. An diesem Beispiel lassen sich viele Probleme unserer Zeit veranschaulichen.

Obwohl Österreich Spitzenreiter in Sachen Flächenversiegelung ist, wurde das Projekt auf der grünen Wiese errichtet. Immer mehr Freiflächen werden verbaut, Kinder und Jugendliche haben immer weniger Raum um zu spielen und herumzutoben. Das begünstigt, dass aus dem natürlichsten der Welt - der Spiel- und Abenteuerlust von Kindern - ein Geschäftszweig wird.

Nachdem die Spielangebote in der Playworld ihren Preis haben, werden Kinder schon früh ausselektiert und ausgegrenzt: In Kinder von Eltern, die sich den Besuch oder eine Geburtstagsparty in der Playworld leisten können - oder eben nicht. Ein weiterer Bereich, bei dem Kinder schon früh erfahren dass es soziale Unterschiede gibt.

Wie sang die Gruppe „Schmetterlinge“ vor Jahren über den Kapitalismus: „Von der Wiege bis zur Bahre, alles und alle sind Ware“.



Auf einem Teil des Spielplatzes in der Portniggstraße steht nun eine Wohnanlage. Angeblich soll eine weitere Bebauung - und damit eine weitere Verkleinerung des Spielplatzes - geplant sein.

Wenn ein Grundstück für den Wohnbau gewidmet ist und ein Bauwerber ein Projekt einreicht, das den Bauvorschriften entspricht, dann hat die Gemeinde gar keine andere Möglichkeit als das Projekt zu genehmigen. Etwas anderes wäre Willkür und strafbar. Deshalb wurden die Einwendungen vom Gemeinderat einstimmig zurückgewiesen.

Die ÖVP hat den Antrag gestellt die Gemeinde solle mit Bauträgern Kontakt aufnehmen um in Zukunft den Grünflächenverbrauch zu optimieren. Wir haben darauf hingewiesen, dass mehr Sorgfalt mit dem Flächenverbrauch nicht nur bei Wohnbauten, sondern auch bei Betriebsansiedlung nötig wäre. Eine Änderung der Bauordnung, die keine so dichte Verbauung zulässt, wäre nötig. Außerdem sollte die Revitalisierung bestehender Gebäude Vorrang vor Neubauten haben.

Ortsvorsteher Apfelberg

Mit der neuen Gemeindeordnung gibt es in Zukunft keine Ortsteilbürgermeister mehr. Jedoch ist die Funktion eines Ortsvorstehers vorgesehen. Ein Ortsvorsteher hat weniger Befugnisse als ein Ortsteilbürgermeister. Der monatliche Bezug, (rund 1.040 Euro brutto, 14 mal im Jahr) bleibt gleich.

Wir haben im Gemeinderat schon öfter die Idee eingebracht die ApfelbergerInnen sollten mittels einer Befragung selbst entscheiden, ob sie in Zukunft einen Ortsvorsteher wollen. Nun haben wir diesen Vorschlag wieder eingebracht. Würde die Befragung zusammen mit der Gemeinderatswahl durchgeführt werden würde das wenig Aufwand und Mehrkosten bedeuten.

Unsere Idee wurde leider nicht aufgegriffen. Das ist uns unverständlich, denn eine Befragung der ApfelbergerInnen wäre ein Stück gelebter direkter Demokratie.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWW-Nr. 4, 8720 Knittelfeld

Keine freien Plätze in Pflegeheimen

Vor mehreren Wochen wurde in den Medien berichtet, dass es in unserer Region einen akuten Mangel an freien Plätzen in Pflegeheimen gibt. Lange Wartezeiten und das erzwungene Ausweichen auf Heime weit weg vom Heimatort sind die Folgen. Diese untragbare Situation hat auch damit zu tun, dass sich die öffentliche Hand immer mehr aus ihrer Verantwortung für die Pflege verabschiedet.

Knittelfeld ist leider ein besonders schlechtes Beispiel. In Knittelfeld gibt es kein einziges Pflegeheim mehr, das nicht von einem privaten Betreiber geführt wird. Die Gemeinde Knittelfeld hat ihr eigenes Pflegeheim aufgegeben und mit einem privaten Betreiber das Wegwarteheim errichtet. Später hat sich die Gemeinde ganz zurückgezogen und ihre Anteile verkauft. Das Pflegeheim ist nun in Besitz eines französischen Pflegekonzerns. Die KPÖ war die einzige Partei, die gegen diese Privatisierung aufgetreten ist.

Das Land Steiermark ist im Besitz des Landespflegezentrums in der Gaalerstraße. Vor einigen Jahren mussten Teile des Pflegeheimes auf Grund fehlender Brandschutzmaßnahmen stillgelegt werden. BewohnerInnen und Pflegepersonal wurden an andere Standorte verlegt. Die KPÖ hat mehrmals im Landtag eingefordert, dass das Heim saniert wird. Denn es ist unsinnig Pflegebetten leerstehen zu lassen. Die Lan-



Im Landespflegezentrum stehen viele Betten leer. Anstatt das Heim selbst zu sanieren wurde es der Volkshilfe übertragen.

desregierung hat das Heim nicht saniert obwohl durch den Leerstand hohe Kosten angefallen sind. Später hat das Land die Führung des Heims an die Volkshilfe übertragen.

Das Recht auf eine menschenwürdige Pflege ist für uns ein Menschenrecht - und das darf auch etwas kosten. Leider sehen die verantwortlichen PolitikerInnen Pflege vor allem als Kostenfaktor und wollen die Verantwortung loswerden - um den Preis, dass nicht mehr die öffentliche Hand die Entwicklung bestimmt und die Pflege immer mehr privatem Gewinnstreben überlassen wird.

Mitarbeit - Nein, danke



Um ein geordnetes Miteinander von HundebesitzerInnen und anderen Bevölkerungsgruppen zu erleichtern hat die KPÖ schon mehrmals die Errichtung von Hundelaufzonen angeregt.

Es werde an Projekten gearbeitet wurde uns mitgeteilt. KPÖ-GR Sylvia Lammer hat sich mit dem Thema befasst und mehrmals eingebracht, dass sie gerne mitarbeiten würde. Dazu wurde keine Gelegenheit gegeben.

Im Gegensatz zum Gemeinderat wurde die Öffentlichkeit sehr wohl in einer Pressekonferenz über die Vorhaben informiert. Bei der Durchsicht des Budgets für 2020 haben wir dann gesehen, dass 50.000 Euro für zwei Anlagen vorgesehen sind. Es ist schade dass die SPÖ-Fraktion viele Projekte im Alleingang durchzieht. Damit verzichtet sie auf die Mitarbeit und die Ideen der anderen Fraktionen.

Aus dem Gemeinderat

Widerstandsdenkmal

Das Denkmal für die ermordeten WiderstandskämpferInnen gegen die Nazi-Diktatur in der Bahnstraße ist schon sehr verwittert. Die Namen sind bereits schwer zu lesen. KPÖ-GR Sonja Karimi hat eine Reinigung angeregt. Bürgermeister Harald Bergmann sicherte das zu.

Neues Volkshaus

Das Neues Volkshaus in der Reiselgasse wird abgerissen. Es sollen Parkplätze entstehen. Die Abrisskosten von geschätzten 100.000 Euro werden zwischen Gemeinde und AK im Verhältnis 60:40 geteilt.

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



BINDER

WILLKOMMEN BEI UNS!



GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße
A-8720 Knittelfeld
Tel.: 03512 / 820 25
office@binder-gmbh.at
www.binder-gmbh.at



Krampusverteilung

Unter dem Motto:
**„Wer wenig hält und viel verspricht-
 auf den vergisst der Krampus nicht!“**

verteilte die KPÖ in Knittelfeld,
 Spielberg und Zeltweg
 Schokokrampusse.

Klimaschutz: 90 Konzerne verursachen 63% der Emissionen

Die Klimamodelle der ForscherInnen zeigen, dass die Zukunft der Menschheit auf dem Spiel steht wenn die Erderwärmung nicht begrenzt wird. Dafür sind radikale Emissionseinsparungen nötig.

Die ÖVP hat im Gemeinderat den Antrag gestellt die Stadtgemeinde solle im Rahmen des Mobilitätstags einen „E-Mobility-Day“ und einen „Climate Day“ durchführen. Dort sollen tagtägliche Änderungen zu einem umweltfreundlicheren Lebensstil aufgezeigt werden.

Natürlich soll jede/r auch persönlich zum Klimaschutz beitragen. Der Elektromobilität stehen wir allerdings sehr kritisch gegenüber. Wir bemerken immer stärker die Tendenz, dass die Verantwortung für den Klimaschutz immer mehr auf die persönliche Ebene abgeschoben wird – das greift aber viel zu kurz. Die Möglichkeiten des Einzelnen sind in Wahrheit sehr begrenzt und auf viele klimaschädigende Entscheidungen hat der Einzelne keinen Einfluss.

Wer trägt die Hauptverantwortung?

Für uns stellt sich die Frage wer für diese Treibhausgasemissionen hauptverantwortlich ist, wer daran verdient und wer die Klimaschutzmaßnahmen bezahlen soll. Das vom Geologen Rick Heede gegründete „Climate Accountability Institute“ veröffentlichte 2013 eine Analyse. Demnach haben 90 Unternehmen 63% der weltweiten Treibhausgase erzeugt. Darunter sieben Zementhersteller, der Rest sind Öl-, Gas- und Kohlekonzerne. 2019 wurde die Studie aktualisiert. Das Ergebnis: Zwischen 1965 und 2017 haben 20 große Öl-, Erdgas und Kohle-Konzerne zusammen 35% der globalen Emissionen erzeugt.

Auswirkung schon lange bekannt

Das Jahr 1965 gilt als der Zeitpunkt, von dem an die klimaschädigenden Auswirkungen von Kohle, Öl und Gas in Industrie und Politik bekannt waren. Trotz dieses Wissens haben diese Konzerne weiterhin produziert und verkauft - und damit Milliarden verdient. Klimaskeptiker wurden finanziert, Klimawissenschaft und Klimapolitik hintertrieben. Die Politik stand und steht nicht auf der Seite der Bevölkerung, sondern verfolgt die Interessen der Konzerne.

Es ist gut wenn jemand ein möglichst klimaschonendes Leben führt. Aber alle persönlichen Maßnahmen können viel zu wenig bewirken. Wenn Klimaschutz erfolgreich sein soll braucht es politische Maßnahmen, müssen die Konzerne in die Pflicht genommen und eine nachhaltige, nicht profitgetriebene Wirtschaftsweise entwickelt werden.

Wer glaubhaft für Klimaschutz eintritt muss auch die Frage des Ressourcenverbrauchs von Rüstung und Militär stellen – und gegen Kriege und die Waffenschau Airpower auftreten.

Sorge wegen Asbest

Der Knittelfelder Gemeinderat hat sich gegen die geplante Deponie in Fischening ausgesprochen in der auch Asbestabfälle gelagert werden sollen. Auf Antrag der KPÖ wurde auch beschlossen vom Land eine Untersuchung des Gesteins, das in der Firma Minex verarbeitet werden soll, sowie laufende Abgaskontrollen beim Werksbetrieb zu verlangen. Auch im Falle Minex wird das Vorhandensein von Asbestfasern befürchtet.

Nun soll eine solche Untersuchung durchgeführt werden soll. Das ist gut. Allerdings hat es lange gedauert bis sich die regionalen Bürgermeister dazu durchgerungen haben. Dazu waren zahlreiche und zähe Aktivitäten der Bürgerinitiative nötig. Dass bald Gemeinderatswahlen sind war sicher ebenfalls hilfreich.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

KPÖ-Sozialfonds 2019



KPÖ-Mitarbeiter Josef Menszlenyi, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber.

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Renate Pacher: Die Anzahl der Menschen die mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen wird immer größer. Wir bemerken dass das auch für immer mehr Menschen gilt, die voll im Berufsleben stehen. Teuerung, schlechte Bezahlung und niedrige Pensionen machen es schwer über die Runden zu kommen."

Seit dem EU-Beitritt sinken Löhne, Pensionen und Gehälter

Dass den Menschen immer weniger Geld im Geldtascherl bleibt ist keine Vermutung, sondern eine durch Zahlen belegte Tatsache. Seit dem EU-Beitritt haben sich die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen ständig verschlechtert. Nachweislich sind die Einkommen aus Vermögen und Gewinnen gestiegen, Löhne, Gehälter und Pensionen hingegen gesunken. Die Einkommen der Menschen im unteren Einkommensdrittel sind von 1997 bis 2017 um 16,2(!) Prozent gesunken.

Claudia Klimt-Weithaler: „Hinter diesen nackten Zahlen stehen Schicksale. Ich erlebe immer öfter dass sich viele Eltern schwertun die Schulkosten ihrer

KPÖ-Sozialfonds 2019

Bezirk Murtal

Rest von 2018	89,36 Euro
Einzahlungen 2019:	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
LAbg. Claudia Klimt-Weithaler	600,00 Euro
Summe	5.369,36 Euro

Ausgaben:

Für 189 Unterstützungsfälle:	5.300 Euro
Saldo: als Plus für 2020	69,36 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 2.242 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 122.922,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2019: 1184.929,80 Euro für 2.076 Personen.
Seit 1998 wurden 18.462 Personen mit einer Gesamtsumme von 2.311.488,13 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat.

Kinder zu bestreiten. Die Ausgaben für Lernmaterial, zB. werden immer öfter Laptops vorgeschrieben, sind beträchtlich. Wenn Eltern mehrere Kinder haben ist es keine Selbstverständlichkeit mehr dass allen der Besuch einer weiterführenden Schule möglich ist. Das ist in einem reichen Land wie Österreich eine Schande.“.

Pacher: „Der KPÖ-Sozialfonds ist oft nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Eigentlich sollten alle genug verdienen um nicht auf einen Sozialfonds oder andere Sozialleistungen angewiesen zu sein. Es bräuchte einen gesetzlichen Mindestlohn und hohe Pensionen sodass jeder gut leben kann. Die Politik hätte es in der Hand das umzusetzen - tut es aber nicht. Ich würde mir wünschen dass alle PolitikerInnen verpflichtet wären mehrere Monate von dem Einkommen zu leben, das sie vielen Bevölkerungsgruppen zumuten.“

Josef Meszlenyi: „Ich arbeite seit mehr als einem Jahr bei der KPÖ in Knittelfeld und erlebe die Probleme der Menschen durch unseren Sozialfonds hautnah. Dass es so viele Probleme gibt zeigt wie viel noch zu tun, und wie notwendig die KPÖ ist.“

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Dienstag, 4. Februar

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Kein Arzt zu Weihnachten – Wie steht es um den Bereitschaftsdienst?

Seit 1. April 2019 gilt in der Steiermark ein neues Ärztebereitschaftsmodell. Zwischen Mitternacht und 7:00 Uhr gibt es keinen Bereitschaftsdienst mehr. Ein Gesundheitstelefon wurde eingerichtet. AllgemeinmedizinerInnen sind nicht mehr verpflichtet Dienste zu übernehmen, sie können sich freiwillig melden.



Wir haben Dr. Heimo Korber, Allgemeinmediziner und Gemeindefacharzt in St. Margarethen, gefragt wie er das neue Modell beurteilt.

Über die Feiertage stand in unserer Region keine Ärztebereitschaft zur Verfügung, wie kam es dazu?

Zum einen wurde die Verpflichtung abgeschafft. Nun können sich ÄrztInnen auf freiwilliger Basis über eine Plattform einloggen und sich für einen Dienst anmelden. Es gibt aber keinen Einblick in die Meldungen. So können sich z.B. für einen Tag fünf KollegInnen melden ohne voneinander zu wissen, zu einem anderen Termin aber niemand. Es fehlt die Koordination. Früher war ein Arzt für die Diensterteilung verantwortlich, das ist nun weggefallen.

Wurden die ÄrztInnen in die Entwicklung des neuen Modells eingebunden?

Überhaupt nicht. Das Land, die Gesundheitsplattform und die Funktionäre der Ärztekammer haben das neue System ausverhandelt, die arbeiten aber nicht an der Basis. So war z.B. am Anfang unser Zuständigkeits-

sprengel viel zu groß. Der wurde nun auf Grund der vielen Beschwerden geteilt.

Was wäre zu tun damit die Bereitschaftsdienste wieder funktionieren?

Nicht alles am neuen System ist schlecht. So werden durch das Gesundheitstelefon Fälle in denen kein Arztbesuch notwendig ist vorgefiltert, das bringt Entlastung. Auf der anderen Seite gibt es nun keinen direkten Kontakt zum Arzt mehr. Die Person am Gesundheitstelefon kennt die PatientInnen aber nicht. Das ist ein großer Nachteil. Es sollte wieder möglich sein dass der Bereitschaftsarzt in definierten Fällen, z.B. wenn Apotheken Auskünfte brauchen oder ein direkter Kontakt sinnvoll erscheint, wieder angerufen werden können. Wichtig wäre, dass die Koordination der ÄrztInnen untereinander wieder hergestellt wird.

Wie hat sich das neue System bisher ausgewirkt?

Eigentlich wurde das Gegenteil von dem erreicht was beabsichtigt war, denn die Zahl der Einlieferungen ins Krankenhaus ist gestiegen und die Spitalsambulanzen sind noch mehr überfüllt.

Was wäre noch wichtig?

Wichtig wäre eine bessere Koordination der Öffnungszeiten der Arztpraxen. Auch eine vermehrte Aufklärung der PatientInnen darüber, wann man dringend einen Arzt braucht und wann man warten kann wäre sehr hilfreich. Gesundheitsvorsorge ist grundsätzlich wichtig und vor allem, dass Neuerungen nicht von oben diktiert sondern alle Beteiligten eingebunden werden.

Danke für das Gespräch

Die KPÖ hat schon gute Leute...



...braucht aber noch mehr!

Am 22. März sind Gemeinderatswahlen. Wir suchen Menschen die sich für eine soziale Kommunalpolitik engagieren möchten und bereit sind für die Interessen der Bevölkerung einzutreten.

Wenn Sie mit der KPÖ kandidieren wollen oder Vorschläge haben:

Kommen Sie vorbei oder melden Sie sich bei uns!

KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240, Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at, Facebook: KPÖ-Murtal



Die KPÖ hat den Einzug in den Landtag geschafft und Stimmen dazugewonnen. Einziger Wermutstropfen ist, dass das dritte Landtagsmandat um 305 Stimmen knapp verfehlt wurde.

Wir bedanken und bei unseren WählerInnen und allen, die uns im Wahlkampf unterstützt haben!

Dadurch dass wir wieder im Landtag sind kann auch der KPÖ-Sozialfonds weitergeführt werden - und wir haben weiterhin die Möglichkeit uns auf Landtagebene für die Interessen der arbeitenden Menschen, für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen.